

## KOMMENTIERT

# Rührt euch befohlen!

**M**angelnde Tapferkeit vor dem Feind kann Bundesverteidigungsminister Peter Struck (SPD) spätestens nach dem gestrigen Treffen mit Kommunalpolitikern aus ganz Deutschland niemand mehr vorwerfen. Ausgerechnet jene, die der Bund mit Standortschließungen einer Existenzgrundlage beraubt, lud sich der oberste Befehlshaber ein. Und frei nach dem Motto, dass Angriff allemal die beste Verteidigung ist, machte Struck auch dem Letzten klar, dass der Beschluss vom November 2004 unumstößlich sei. 105 Standorte bundesweit gibt die Truppe auf, ab dem Jahr 2010 werden nur noch 395 Kommunen Gastgeber und Nutznießer der Bundeswehr sein. Der Minister machte auch keine Anstalten, Nebelkerzen zu zünden. Er sei, so Struck, die falsche Stelle, wenn es um Geldförderungen gehe.

Eindeutige Worte, die niemand mehr missdeuten kann. Nicht nur deshalb zeugt die gestrige Veranstaltung wohl von einem neuen Verständnis des Bundes im Umgang mit den von Standortschließungen betroffenen Kommunen, zu denen auch etliche in Mecklenburg-Vorpommern und Brandenburg zählen. Eggesin etwa oder Neuruppin und Oranienburg. Theoretisch war und ist auch hier die Notwendigkeit der Truppenreduzierung bekannt. Indes, wer davon betroffen wird, steht zunächst fassungslos vor der Entscheidung. Denn in den künftig uniformfreien



**Thomas Belgang**  
zum Thema:  
Bund sagt Hilfe bei  
Umwandlung zu

Kommunen gehen nicht nur Arbeitsplätze in den Kasernen flöten, viele Betriebe, Händler und Handwerker sind auch auf Gedeih und Verderb mit der Bundeswehr verwoben. Von heute auf morgen herrscht hier der Ausnahmezustand.

Neben den unmittelbaren Auswirkungen auf den Arbeitsmarkt haben die Städte auch mit noch mehr leeren Wohnun-

gen und oftmals riesigen ungenutzten Flächen und Gebäuden zu kämpfen.

Mit diesen Folgen sind Kommunen und Länder bisher im Stich gelassen worden. Nunmehr ist ihnen von allerhöchster Stelle wenigstens logistische Unterstützung in der Konversionsproblematik angeboten worden.

Allein den Worten müssen während der komplizierten Umwandlung von militärischen Liegenschaften in zivil genutzte auch Taten folgen. Langer Leerstand oder gar Abriss kostet Geld. Dieses Geld sollte besser in die so genannte Anschlussnutzung gesteckt werden. Machbarkeitsstudien müssen Chancen und Risiken der zivilen Brauchbarkeit prüfen. Das alles ist freilich Sache der Kommunen und der Landesregierungen.

Was aber der Bund tun soll und muss: Diese bundeseigenen Flächen zu äußerst günstigen Konditionen vermarkten. Niemand kann sich jahrelang leer stehende Liegenschaften leisten. Weder die Kommunen, noch der Bund. Der muss sich rühren. Und auch das kann man befehlen.